

So können wir das Klima retten!

„Gutes Klima – gutes Leben!“

Ausgabe 6

Näheres auf Seiten 6 – 7

Echt krass

TOTAL ABHÄNGIG

ERE ENERGIE!



Klimawandel in Österreich S. 2

Grünes Wachstum? S. 4

Klimagerechtigkeit S. 5

Der Ökobonus S. 6

Energiewende = 70.000 Jobs! S. 7

Gutes Klima – gutes Leben!



Für ein gutes Leben braucht es auch ein gutes Klima – ein Klima des solidarisches Zusammenlebens, aber auch ein lebenswertes globales Klima. Beides geht

Hand in Hand: Den Klimawandel wirksam zu bekämpfen bedeutet, das ihn verursachende Wirtschaftssystem und soziale Ungleichheit zu bekämpfen. Neben der sozialen ist auch die Klimakrise immer deutlicher spürbar. Dürreperioden, Waldbrände oder Überschwemmungen nehmen auch in Österreich zu. Wenn nicht jetzt gehandelt wird, ist bis 2100 ein Temperaturanstieg von 3 bis 5 °C zu erwarten. Was der Klimawandel für Österreich bedeutet, lesen Sie auf den Seiten 2 – 3. Doch die Antworten aus internationa-

len Verhandlungen wie dem UN-Klimagipfel COP21 im Dezember 2015 in Paris scheinen das Problem lediglich zu vertagen. Auf den Seiten 4 – 5 stellen wir uns gegen Antworten auf die Klimakrise, die deren Ursachen unangetastet lassen und globale Ungerechtigkeit sogar noch vertiefen. Neben verbindlichen Zusagen statt bloßer Absichtserklärungen bräuchte es auch konkrete Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken. Was hier in Österreich alles möglich ist, zeigen wir auf den Seiten 6 – 7.

Klimawandel zerstört Lebensgrundlagen!

Schon jetzt ist die Lebensgrundlage von Millionen Menschen vom Klimawandel bedroht – vor allem im Globalen Süden, aber zunehmend auch bei uns – jedoch mit unterschiedlichen Auswirkungen. Steigt der Meeresspiegel an der niederländischen Küste, dann beleben die Baumaßnahmen zur Erhöhung der Deiche die Konjunktur. Steigt er aber im



Dürren und Überschwemmungen verursachen immer mehr Klimaflüchtlinge.

Klimaflüchtlinge zwangsläufig zunehmen. Aber auch wir und – vor allem – unsere Kinder und Enkelkinder werden mit dem Klimakollaps, der durch die jetzt ausgestoßenen Treibhausgase verursacht wird, zu leben haben – der Klimawandel verschont Europa nicht. Die heutigen Verantwortlichen für das Nichtstun werden dann schon längst abgewählt, pensioniert oder tot sein. Als Verursacher haben wir eine mehrfache Verantwortung: Wir müssen jetzt konsequent unseren CO₂-Ausstoß senken und gleichzeitig echten Schadenersatz leisten (siehe Seite 5). Nur das ist gelebte Klimagerechtigkeit.



„Klimawandel in Österreich: Ohne Klimaschutz wird es teuer

Der Klimawandel ist eine der größten Gefahren für das Leben auf unserem Planeten. Österreich ist keine Insel der Seligen, sondern

ebenso stark betroffen: Etwa 1.000 zusätzliche Todesfälle pro Jahr durch Hitzewellen werden erwartet. Immer häufigere und größere Ernteausfälle und andere Schäden durch Hochwasser, Dürren und starke Einbrüche im Wintertourismus kommen auf uns zu. Und das verursacht jährlich enorme Kosten: zwischen 4,2 Mrd. und 8,8 Mrd. Euro pro Jahr werden – je nach Szenario – für Österreich erwartet. Das ist ein- bis zweimal das Volumen der Steuerreform 2015/2016. Noch ist es nicht zu spät, zumindest die schlimmsten Folgen einer globalen Klimakrise zu vermeiden.

Impressum

Herausgeber: ÖGB/Gewerkschaft vida, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, DVR-Nr. 0046655, ZVR 576 439 352. Medieninhaber: Verlag des ÖGB GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96, Fax 01/662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, Web: www.oegbverlag.at, UID: ATU 55591005, FN 226769i. Offenlegung nach §25 Mediengesetz unter: <http://zeitschrift.vida.at/offenlegung>, Hersteller: Mediaprint, Herstellungsort: Wien, Redaktionsteam dieser Ausgabe: Fabian Unterberger, Alexandra Strickner. Grafik: ÖGB/Stephanie Guberner, Fotos: mauritius images, toonpool.com, Global 2000

Österreich ist Nachzügler beim Klimaschutz



mauritus images/Alamy

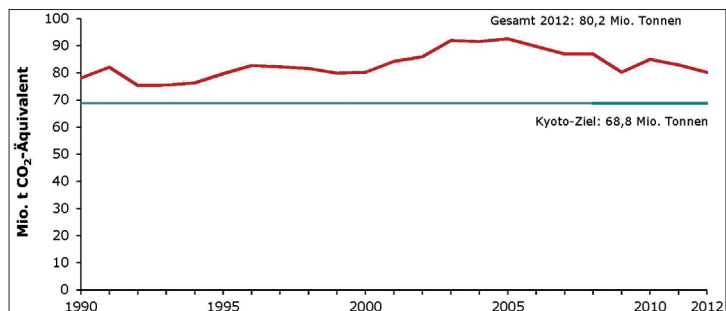
Österreichs CO₂-Emissionen steigen weiterhin, wie hier im Chemiepark Linz

Österreich hat seine Kyoto-Klimaziele verfehlt - ein unrühmlicher Tiefpunkt des Klimaschutzes. Zwischen 1990 und 2012 sollten die CO₂-Emissionen um 13 Prozent sinken. Tatsächlich sind sie aber gestiegen. 2012 lagen sie satte 10 Mio. Tonnen über dem gesteckten

Ziel. Nur durch den massiven Zukauf von CO₂-Zertifikaten um Hunderte Millionen Euro konnte Österreich seinen internationalen vertraglichen Verpflichtungen nachkommen. Und heute? Aktuell liegen die CO₂-Emissionen bei 76,9 Mio. Tonnen und somit etwa 9 Mio. Tonnen über

EU-Emissionshandel = die Privatisierung der Luft

Das Emissionshandelssystem der EU wurde 2005 mit dem Ziel, industrielle Treibhausgasemissionen zu senken und den Klimawandel zu bekämpfen, eingerichtet. Unternehmen erhielten Luftverschmutzungsrechte, die sie verkaufen oder zukaufen konnten – je nach Bedarf. Dieser Markt hat nicht zu einer Verringerung der Treibhausgasemissionen in der EU geführt – erst die Wirtschaftskrise ließ diese sinken. Statt eines nicht funktionierenden Emissionsmarktes wäre eine planbare, kontinuierlich steigende Steuer auf CO₂-Emissionen zielführender.



Verlauf der österreichischen CO₂-Emissionen 1990 – 2012

dem Kyoto-Klimaziel 2012. Ende 2015 ist das Ziel also noch immer in weiter Ferne. Die Politik scheint das kaum zu stören, man hat sich vom versprochenen Klimaziel ja freigekauft. Und die neuen EU-2020-Klimaziele sind für Österreich sehr niedrig gesteckt. Warum? Das Basisjahr für die Berechnung der CO₂-Einsparungen ist 2005 – ein Jahr, in dem die österreichischen Emissionen den höchsten Wert in ihrer Geschichte erreichten. Die EU-Klimaziele 2020 für Österreich sind daher leicht zu erreichende Ziele. Aber selbst diese werden von der Politik nicht ernst genug genommen. So ist Österreich

eines von wenigen EU-Ländern, die nicht auf Zielkurs bei der Verringerung der Treibhausgase bis 2020 sind. Es gibt keine Energiestrategie, die von der gesamten Bundesregierung getragen wird, geschweige denn Überlegungen für die Zeit nach den EU-Klimazielen 2020. Die Menschen in Österreich sind da schon weiter: 78 Prozent wollen eine raschere Umsetzung der Energiewende und Tausende beteiligen sich bereits beim Ausbau erneuerbarer Energie. Will Österreich nicht Klimanachzügler bleiben, braucht es eine Klimaschutzstrategie und die sofortige Umsetzung von Maßnahmen.



“ Klare Worte von Papst Franziskus in „Laudato si“: Hin zu nachhaltiger Energie und ebensolchen Lebensstil, Industriestaaten in die Pflicht nehmen, den Armen, die besonders unter den Folgen der Umweltzerstörung leiden, helfen und die Bewahrung der Schöpfung als Kern christlicher Sendung. “

Illustration: toonpool.com

UN-Klimakonferenzen: die endlose Vertagung der Klimakrise

Der Klimawandel ist – neben der steigenden Arbeitslosigkeit und der Krise der Demokratie – eines der drängendsten Probleme unserer Zeit. Die Klimakrise ist schon jetzt Realität. Sie bedroht das Leben und die Existenzgrundlage von Milliarden von Menschen und ist auch in Österreich immer deutlicher spürbar: Überschwemmungen, Hitze- und Dürreperioden, Stürme oder ausbleibender Schnee im Winter werden immer häufiger. Das vermurte Haus, der durch Schneemangel bedrohte Arbeitsplatz oder die von Hagel oder Dürre



nearthus images/Alamy

bedrohte Ernte sind weitere Beispiele dafür. Seit den 1990er-Jahren treffen sich die Regierungen jährlich im Rahmen der UN-Klimakonferenzen, um Lösungen für die Klimakrise zu verhandeln. Seit dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls 2012 wird der Beschluss verbindlicher Klimaziele Jahr für Jahr vertagt. Es werden lediglich Maßnahmen diskutiert, die die Symptome der Krise bekämpfen. So soll Wachstum ein bisschen „grüner“ werden und nicht funktionierende Marktmechanismen wie den Emissionshandel will man ausweiten. Die Klimakrise erfordert aber etwas ganz anderes: die Umstellung der Art und Weise, wie wir wirtschaften und leben.

NGOs forderten von der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen echte Maßnahmen statt heißer Luft.

Grünes Wachstum?

Keine Antwort für das Klima

Das Wirtschaftswachstum stagniert seit mehreren Jahren. Es liegt heute bestenfalls bei 0,5 Prozent. Permanentes Wirtschaftswachstum heißt: Jahr für Jahr werden mehr Güter und Dienstleistungen hergestellt als im Vorjahr und somit mehr Ressourcen und Energie verbraucht, mehr Verkehr und mehr CO₂ verursacht. „Grünes Wachstum“ dagegen soll Wachstum ohne erhöhten Ressourcenverbrauch ermöglichen. Bislang ist es aber nicht gelungen, den Gesamtenergieverbrauch durch Energieeffizienz zu senken. Die frei gewordene Energie der effizienteren Waschmaschine oder Lampen wurde dann für neue energieverbrau-

chende Produkte verwendet. Die elektrische Zahnbürste ist nur ein Beispiel dafür. Grünes Wachstum ist also keine Antwort auf die Klimakrise. Was es braucht, ist eine gerechtere Verteilung des erwirtschafteten Reichtums – z. B. in Form kürzerer Arbeitszeiten oder höherer Löhne. Das erhält und schafft Arbeitsplätze und ermöglicht ein gutes Leben für alle auch ohne Wachstum.



Illustration: toonpool.com

Großtechnologie als Antwort auf die Klimakrise – eine Illusion

Unsere Wirtschaft basiert auf der billigen und schnellen Nutzung von fossilen Brennstoffen. Dass die Energiewende notwendig ist, leuchtet mittlerweile vielen Menschen ein. Aber anstatt diese kraftvoll voranzutreiben, gibt es immer wieder Ideen, die Auswirkungen des Klimawandels mittels Großtechnologien in den Griff zu bekommen – ohne die aktuellen Produktions- und Lebensweisen zu verändern. Die chemische Steuerung des Wetters oder

die CO₂-Speicherung im Boden – z.B. in ehemaligen Erdgasbohrlöchern – zählen etwa dazu. Ob diese Methoden funktionieren oder nicht, ist höchst ungewiss, ebenso welche weiteren Auswirkungen sie haben könnten. Kommen solche Technologien, verdienen die Energiekonzerne, die für die Klimazerstörung verantwortlich sind, ein weiteres Mal – mit vorgeblichen Klimaschutzmaßnahmen. Lassen wir uns damit nicht in die Irre führen.



Kanadischer Konzern Lone Pine klagt Kanada wegen des Fracking-Moratoriums.

TTIP und Co verschärfen die Klimakrise!

Die EU verhandelt beim UN-Klimagipfel Lösungen für die Klimakrise und treibt zugleich Freihandelsabkommen wie das EU/US- Handels- und Investitionsabkommen TTIP voran. Diese verschärfen die Klimakrise. Warum? 1. Je mehr Güter global gehandelt werden, desto mehr CO₂-Emissionen entstehen. 2. Ein zentrales Element der Klimapolitik ist

die Förderung der Energieeffizienz u. a. durch das Setzen von Mindeststandards, z. B. beim Wohnbau, bei Waschmaschinen, Kühlschränken oder Autos. Bei TTIP ist geplant, die Einführung neuer Standards über den Weg der regulatorischen Kooperation mit den USA abzustimmen. Damit könnte der Klimaschutz ausgebremst werden. 3. Das

Investorenklagerecht würde Verbote für klimaschädliche Aktivitäten einschränken. Ein Beispiel: Öl-, Gas- und Bergbaukonzerne fördern mit immer riskanteren Techniken, wie z. B. der Hochsee-Ölförderung oder Fracking, Öl und Gas. Bei Verboten können diese auf entgangene Profite klagen. In Nordamerika tun sie das bereits.

Neues vom Klimadolm:

„Klimaziele überfordern Unternehmen“

meint Voest-Chef Wolfgang Eder und droht mit Abwanderung nach China. Er selbst wird wohl weiter die frische Alpenluft dem chinesischen Großstadtmog vorziehen.



Festung Europa – keine Lösung für die wachsende Anzahl von Klimaflüchtlingen!

Die Zahl der Klimaflüchtlinge steigt ständig. 2020 könnten es bereits 250 Mio. Menschen sein, die gezwungen sind, sich ein neues Zuhause zu suchen, weil der Klimawandel ihre Lebensgrundlage zerstört. Die Antwort der EU-Staaten, die neben den USA zu den Hauptverursachern des Klimawandels gehören: Grenzzäune hochziehen, Küstenkontrollen, Verschärfung von Asylpolitik. Tagtäglich wird sichtbar: All das hält Menschen nicht davon ab, sich auf den Weg zu machen. Was es braucht? Solidarität statt Abschottung. Konkret ist das eine EU-Klimapolitik, die an den Ursachen ansetzt, mehr Geld für die Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels im Globalen Süden und eine europäische Asylpolitik, die jene, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, menschenwürdig behandelt und ihnen bei uns neue Lebenschancen ermöglicht.

Klimagerechtigkeit heißt: Verursacher müssen mehr beitragen!

Die Folgen des Klimawandels betreffen nicht alle gleich stark. Menschen in niedrig gelegenen Inselstaaten oder tief liegenden Küstenstaaten wie Bangladesch sind unmittelbarer und massiver bedroht als Menschen in Österreich. Sie haben oft wenig bis nichts zum Problem beigetragen und müssen jetzt die Suppe auslöffeln, die wir ihnen eingebracht haben. Nur zum Vergleich: Ein Jahr Autofahren (12.000 km) verursacht etwa zwei Tonnen CO₂. Die gesamten Jahresemissionen eines durchschnittlichen Inders sind niedriger: 1,6 Tonnen pro Kopf. Europa ist für



Ein Jahr Autofahren verursacht etwa zwei Tonnen CO₂ – die gesamten Jahresemissionen eines durchschnittlichen Inders 1,6.

25 Prozent der energiebezogenen CO₂-Emissionen verantwortlich, die seit der industriellen Revolution in die Atmosphäre gelangt sind. Klimagerechtigkeit würde bedeuten, dass jene, die den Klimawandel verursacht haben, jetzt Verantwortung

übernehmen und jenen Geld zur Bekämpfung der Auswirkungen zur Verfügung stellen, denen dieses fehlt. Österreich ist gefordert: Es zahlt nur 25 Mio. US-\$ in den Green Climate Fund. Wir fordern 80 Mio. Euro pro Jahr!

Anders wirtschaften, anders handeln = regionale Wirtschaftskreisläufe stärken

Klima schützen, Arbeitslosigkeit bekämpfen und Alternativen zu TTIP und Co – ist das alles gleichzeitig möglich? Die Antwort lautet ganz klar: Ja. Wir müssen uns nur erlauben, Wirtschaft neu zu denken. Die Förderung und der Ausbau von regionalen Wirtschaftskreisläufen – z. B. bei Lebensmitteln – gehören ebenso dazu wie der Umstieg von einer Wegwerfgesellschaft hin zu einer Reparaturgesellschaft, in der qualitätsvolle und langlebige Güter produziert werden. Auch der Ausbau eines umweltschonenden



Think global – eat local!

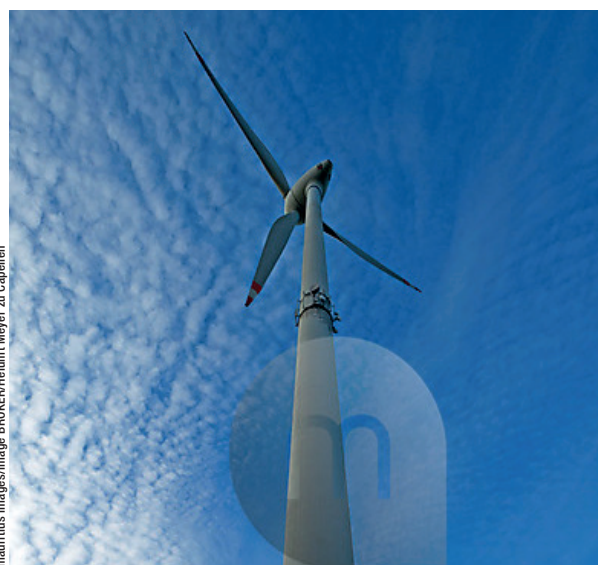
mauritius images/actura

öffentlichen Verkehrs oder von qualitätsvollen öffentlichen und allen zugänglichen Dienstleistungen ist Teil

von anders Wirtschaften. Es geht also darum, Güter und Dienstleistung so lokal wie möglich zu produzieren, zu

handeln und zu konsumieren. Handelsabkommen sind so zu gestalten, dass sie diese lokalen Wirtschaftskreisläufe fördern und unterstützen. So sollten z. B. auf Produkte, die nicht mit denselben Sozial- und Umweltstandards produziert werden, Einfuhrzölle erhoben werden oder bei der öffentlichen Auftragsvergabe sollen regionale Unternehmen bevorzugt werden können. Das schafft Arbeitsplätze vor Ort, verringert die CO₂ Emissionen und ermöglicht uns mehr Selbstbestimmung und Kontrolle über unser Leben und die Wirtschaft.

Energiewende in Österreich = 70.000 Klimajobs



mauritius images/image BROKER/Heilmann Meyer zu Capellen

Alles Gute kommt von oben – das Erdöl, Kohle und Schiefergas lassen wir besser unten!

Mehr als zwei Drittel des österreichischen Endenergieverbrauchs wird durch fossile Energie gedeckt, die wir teuer bezahlen: 11,38 Mrd. Euro fließen hierfür Jahr für Jahr aus Öster-

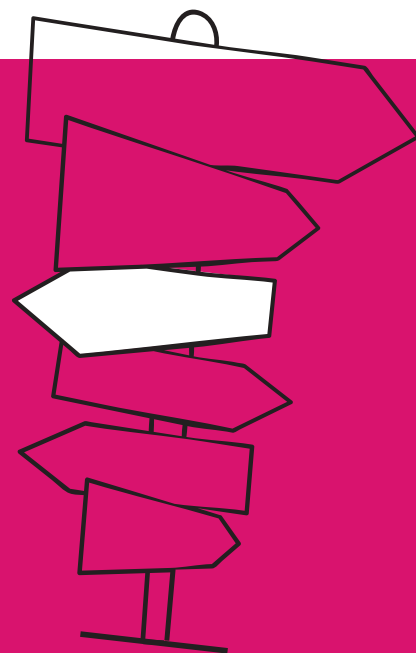
reich ab. Dabei könnte sich Österreich laut einer Studie von GLOBAL 2000, WWF und Greenpeace zu 100 Prozent durch erneuerbare Energie aus regionalen, naturverträglichen Quellen versorgen. Alle notwendigen Technologien für einen grundlegenden Umbau im Bereich der Energieerzeugung, der Gebäude, der Industrie und der Mobilität sind vorhanden. Durch den Ausbau erneuerbarer Energie, die thermische Sanierung des Gebäudebestands und den Bau von öffentlicher Schieneninfrastruktur könnten schon in den nächsten Jahren 70.000 Arbeitsplätze entstehen. Ein gut durchdachtes Klimaschutzpaket ist doppelt gut: Es macht uns unabhängig von fossilen Energieimporten und schafft Arbeitsplätze. Es gibt keinen Grund, länger zu zögern.

neninfrastruktur könnten schon in den nächsten Jahren 70.000 Arbeitsplätze entstehen. Ein gut durchdachtes Klimaschutzpaket ist doppelt gut: Es macht uns unabhängig von fossilen Energieimporten und schafft Arbeitsplätze. Es gibt keinen Grund, länger zu zögern.

Leistbar und ökologisch mobil – es geht!

Wir sind tagtäglich unterwegs – zur Schule oder Uni, zum Arbeitsplatz, zum Einkaufen. Wir besuchen FreundInnen, Verwandte oder das Kino, den Fußballplatz oder gehen ins Schwimmbad. Damit wir unsere Alltagswege kostengünstig und ökologisch zurücklegen können, braucht es einen weiteren Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und – für kürzere Strecken – der Radinfrastruktur (Radwege, Abstellmöglichkeiten, Ladestationen für E-Bikes usw.). Und das nicht nur in den Städten, sondern auch im ländlichen Raum. Denn egal, wo Menschen wohnen: Ihr Grundrecht auf Mobilität ist zu gewährleisten. Autofahren ist hingegen kein Grundrecht. Attraktive Öffis brauchen österreichweit einheitliche Mindestversorgungsstandards, einen Taktfahrplan und attraktive Angebote, die auch leistbare und ökologische Mobilität am Land garantieren. Das alles schafft auch mindestens 10.000 Arbeitsplätze.

„Für Verteilungs- und Klimagerechtigkeit“



- **Steuersystem ökologisieren!**
- **Wirtschaft regionalisieren!**
- **Energiewende jetzt!**
- **Arbeitszeitverkürzung statt
Wachstumszwang!**



**Ja zu einem Zukunftsbudget!
Jetzt unterstützen!
www.wege-aus-der-krise.at**